

Medienmitteilung vom 30. August 2017

Umsetzung MEI: Nein zum unverhältnismässigen Eingriff in den Arbeitsmarkt

bauenschweiz ist gegen die in die Vernehmlassung geschickten Ausführungsbestimmungen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Die mit der Vorlage verbundene Stellenmeldepflicht verursacht bei den unter den Schwellenwert fallenden und nach Mitarbeitenden suchenden Unternehmen enormen administrativen Aufwand und nimmt ihnen ein grosses Mass an Flexibilität. Die Schwelle von fünf Prozent Arbeitslosigkeit, ab welcher die betroffenen Berufsgruppen unter die neuen gesetzlichen Bestimmungen fallen sollen, ist denn viel zu tief angesetzt. Mit einer derartigen Schwelle würden zahlreiche Berufe und Branchen namentlich auch aus der Bauwirtschaft unter die Vorgaben fallen, obwohl diese Branchen von einer hohen Arbeitslosenquote weit entfernt sind.

Auch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV dürften den durch die neuen Vorgaben ausgelösten Zusatzaufwand kaum stemmen können. Die Vorlage würde eine Bürokratiewelle mit fraglicher Wirkung auslösen. bauenschweiz lehnt sie deshalb dezidiert ab.

Kontakt:

Sandra Burlet, stv. Direktorin, Tel. 078 734 60 34

bauenschweiz ist die Dachorganisation der Schweizer Bauwirtschaft mit rund 70 Mitgliedorganisationen. Sie gliedert sich vorab in die vier Stammgruppen Planung, Bauhauptgewerbe, Ausbau und Gebäudehülle sowie Produktion und Handel. Die Bauwirtschaft generiert einen jährlichen Umsatz von gut 65 Milliarden Franken und beschäftigt rund 500'000 Arbeitnehmende.